Ä7 zu I1: Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen

Antragsteller*innen Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)

Von Zeile 26 bis 31:

Die Gefahr, welche von der AfD ausgeht, ist unmittelbar und immens. Sie ist eine rechtsextreme Partei, die den Boden unsere Grundgesetzes verlassen hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere Demokratie nur Verachtung übrig hat. Alle, denen unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht übernimmt - egal, ob in der Kommune, im Landkreis, im Landtag oder im Bundestag. Deshalb befürworten wir GRÜNE weiter, dass rechtsrextreme Strukturen mit allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden.
~~Als Demokrat*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die Debatte ein.~~

Deshalb setzen wir uns als Bayerische GRÜNE dafür ein, dass die im Grundgesetz verankerten rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie gegen ihre Feinde zum Einsatz kommen:

1. Staatliche Mittel entziehen: Wir GRÜNE Bayern setzen uns dafür ein, dass die rechtsextreme AfD und ihre Gliederungen von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen werden. Die Demokraite darf ihre Feinde nicht finanzieren. Sobald ausreichend Kriterien vorliegen, muss ein entsprechender Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden.

2. Missbrauch der Grundrechte beenden: Wir GRÜNE Bayern setzen uns dafür ein, dass denjenigen Politiker*innen der rechtsextremen AfD jene Grundrechte entzogen werden, die sie zum Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung missbrauchen. Wenn die Kriterien erfüllt sind, muss ein entsprechender Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden.

3. Parteiverbot prüfen: Wir Grüne Bayern setzen uns dafür ein, dass ein Verbot der rechtsextremen AfD und ihrer Gliederungen geprüft wird. Die Feinde der Demokratie dürfen nicht ihre Mittel nutzen, um sie abzuschaffen. Sobald stichhaltige Belege für ein Parteiverbotserbotsverfahren gesammelt wurden, muss ein entsprechender Prüfantrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden. Sofern die Voraussetzungen für einzelne Landesverbände der AfD zuerst vorliegen, streben wir für sie einen früheren Prüfantrag an. Auch ein Verbot der als Verein organisierten Jugendorganisation 'Junge Alternative' muss geprüft werden.

4. Übergreifende Zusammenarbeit zur Gefahrenabwehr: Wir GRÜNE Bayern sprechen uns für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz aus, welche Schritten gegen die rechtsextreme Bedrohungen bundesweit gemeinsam koordiniert.

Begründung
Dieser Änderungsantrag steht im Zusammenhang mit weiteren Änderungsanträgen und ist mit diesen als eine Einheit zu verstehen. Leider ist es hier technisch nicht möglich, diese Änderungen über mehrere Absätze als einen gesammelten Änderungsantrag zu stellen.

Begründung für alle Änderungsanträge:

Derzeit sind viele Menschen auf den Straßen gegen Rechtsextremismus. Sie wurden von den offen gelegten Deportationsplänen wachgerüttelt, die AfD- und Werteunions-Politiker*innen, angeführt vom Rechtsextremisten Martin Sellner, ausarbeiteten. Deportationsfanatasien hatten wir im deutschsprachigen Raum schon zu oft. #NieWiederIstJetzt heißt, dass wir aus der Vergangenheit lernen und nicht die gleiche Fehler wieder begehen.

Für die Gefahrenabwehr gegen Antidemokrat*innen stellt unsere wehrhafte Demokratie Werkzeuge zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischer Grundordnung bereit. Hinsichtlich der immensen und akuten Gefahr, welche die rechtsextreme AfD für unsere Demokratie und insbesondere Minderheiten in unserer Gesellschaft darstellt, müssen wir als wehrhafte Demokrat*innen alle zur Verfügungen stehenden Mitteln nutzen, um diese Gefahr abzuwehren. Wir waren, wir sind und wir bleiben wehrhaft!
Wir finden es deshalb wichtig, jetzt die im Grundgesetz verankerten, rechtsstaatlichen Mittel der wehrhaften Demokratie prioritär ins Auge zu fassen und dann aufzuzeigen, wie wir als Grüne unsere Demokratie auf Dauer gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien stärken wollen.

Unterstützer*innen

Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Susanne Bauer (KV Bayreuth-Land), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Konstantin Behling (KV Bamberg-Stadt), Jonas Langlotz (KV Bamberg-Stadt), Teresa Kressel (KV Bamberg-Land), Juliane Fuchs (KV Bamberg-Stadt), Carla Ober (KV Erlangen-Stadt), Michaela Reimann (KV Bamberg-Stadt), Elias Leikeb (KV Bamberg-Stadt), Leonie Philine Pfadenhauer (KV Bamberg-Stadt), Albert Deml (KV Bamberg-Land), Luis Reithmeier (KV Bamberg-Stadt), Bernd Leuthäusser (KV Coburg-Stadt), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt), Joshua Pyka (KV Kronach), Niko Scholz (KV Bamberg-Stadt), Malte Gallée (KV Bamberg-Stadt), Bernarda Callens (KV Lichtenfels), Christoph Hendrik Kluck (KV Bayreuth-Stadt), Sebastian Lützow (KV Bayreuth-Stadt), Anne Schmitt (KV Bamberg-Land), Andrea Hecking (BV KPV Bayern), Katharina Stahl (KV Bamberg-Stadt), Christoph Lurz (KV Bamberg-Stadt), Mirjam Novak (KV Forchheim)